

Wirtschaftspolitische Informationen 9/2003

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – Dezember 2003
<http://www.verdi.de/wirtschaftspolitik>



Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung

Länger arbeiten bringt`s nicht

Inhalt

Arbeitszeit-Basar: Wer bietet mehr?	2
Mehr Wachstum durch längere Arbeitszeiten?	2
Mehr Wachstum durch weniger Feiertage?	3
Was steckt wirklich hinter der Forderung nach Arbeitszeitverlängerung?	4
Von wegen Freizeitpark Deutschland!	4
Brauchen wir längere Arbeitszeiten wegen der Wettbewerbsfähigkeit?	7
Erfahrungen der Vergangenheit – Teil I	8
Erfahrungen der Vergangenheit – Teil II	9
Die Alternative: Investitionen und Binnennachfrage stärken	9

Arbeitszeit-Basar: Wer bietet mehr?

Anfangs waren es nur einzelne Manager wie der für seine kühnen Thesen bekannte Infineon-Chef Ulrich Schumacher, der laut über die Sieben-Tage-Woche nachdachte. Inzwischen hat dies Schule gemacht. Als Antwort auf die anhaltende Wirtschaftsmisere und die nach wie vor trüben Wirtschaftsaussichten werden auch aus den Reihen der Politik Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung immer lauter. Bereits im Frühjahr hatte der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber längere Arbeitszeiten gefordert. Das „Modell der Zukunft“, so wird behauptet, sei die Streichung von Feiertagen und die Verlängerung der Arbeitszeiten.

„Mehr arbeiten heißt, die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähiger zu machen“, so die CDU-Chefin Angela Merkel in der Presse. Längere Arbeitszeiten würden mehr Investitionen ermöglichen, die Verlagerung von Arbeit ins Ausland verhindern und so höheres Wachstum bewirken, tönt es auch aus den Reihen der FDP.

Angesichts derartiger Forderungen seitens der schwarz-gelben Opposition mag auch Wolfgang Clement nicht zurückstehen: „Es ist noch keine Wohlstandsminderung, wenn wir ein bißchen länger arbeiten“, so der Wirtschaftsminister.

Von wegen „ein bißchen“: Mittlerweile scheinen einzelne Politiker und Ökonomen geradezu in einen Wettkampf getreten zu sein, wer denn die längste Arbeitszeit fordert. Von Aufhebung der Zehn-Stunden-Tagesgrenze über die 48-Stunden Woche bis hin zur Sieben-Tage-Woche ist die Rede.

Statt *Arbeitszeitverlängerung* ist genau das Gegenteil angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit notwendig: *Arbeitszeitverkürzung*.

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat sich bereits in der Vergangenheit nicht nur als hoch wirksames Mittel zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen erwiesen. Sie ist zudem eine notwendige Reaktion auf die zunehmende Intensivierung der Arbeit und entspricht auch den veränderten Zeitinteressen der Beschäftigten.¹

Mehr Wachstum durch längere Arbeitszeiten?

Überlegungen, die einen Zusammenhang von längeren Arbeitszeiten und Wachstum behaupten, gehen jedoch entweder von falschen Vorstellungen oder von unrealistischen Modellbedingungen aus.

Allen Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung liegt die altbekannte Verwechslung von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zugrunde: Wenn es der/dem Einzelnen an Einkommen fehlt, muss sie/er nur länger arbeiten. Dann erzielt er mehr Einkommen und verbessert damit seine finanzielle Lage.

¹ ver.di hat 2003 eine neue arbeitszeitpolitische Initiative mit dem Ziel gestartet, tarifpolitische Gestaltungskraft zurückzugewinnen und Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitgestaltung zu verzahnen. Näheres im Internet unter www.nimm-dir-die-zeit.verdi.de.

Allerdings lässt sich dies nicht auf die Gesamtwirtschaft übertragen – erst recht nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen. Rund 7,5 Millionen Menschen finden in Deutschland zur Zeit nämlich gar keinen Arbeitsplatz. Trotz aller „Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt steigt derzeit sogar die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen wieder.

Arbeitszeitverlängerung entschärft weder die Wachstumsschwäche noch die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Im Gegenteil: Die Situation würde sich weiter verschärfen.

Im November 2003 erhöhte sich die Zahl der amtlich registrierten Erwerbslosen auf knapp 4,2 Millionen – der höchste November-Stand seit sechs Jahren. Dies zeigt bereits, dass das Problem nicht in fehlenden Arbeitskräften oder zu kurzen Arbeitszeiten liegt. Würden in dieser Situation diejenigen, die noch Arbeit haben, noch länger arbeiten, würden sogar noch mehr Stellen abgebaut. Die Arbeitslosigkeit würde nicht sinken, sondern weiter steigen.

Mehr Wachstum durch weniger Feiertage?

Im jüngsten Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute wird ebenfalls ein Zusammenhang zwischen der Länge der Arbeitszeiten und der Höhe des Wachstums der Wirtschaft behauptet: Weil viele Feiertage ins Wochenende fallen und zudem 2004 ein Schaltjahr mit einem zusätzlichen Tag ist, soll das Wachstum im kommenden Jahr um 0,6 Prozentpunkte höher liegen. Statt magerer 1,1 Prozent Wachstum kommen die Institute so zu einer Prognose von 1,7 Prozent Wachstum für 2004.

Allerdings liegen hier recht simple Annahmen zugrunde. Dies betont auch der Arbeitsmarktexperte Professor Gerhard Bosch, Vize-Präsident des Instituts Arbeit und Technik in Gelsenkirchen. Mehr Arbeitstage allein bringen kein zusätzliches Wachstum. Ökonomisch kann dies nur funktionieren, wenn die zusätzliche Produktion auch entsprechend mehr Nachfrage findet. Dies wird aber gerade dadurch ausgeschlossen, dass die Mehrarbeit ohne mehr Lohn geleistet wird. Somit können sich gar keine Käufer finden, die die zusätzliche Produktion abnehmen können.

Folge der Mehrproduktion wäre lediglich, dass immer mehr auf Lager produziert würde. Als Reaktion hierauf müssten die Unternehmen die Produktion senken. Dies geht aber nur, indem entweder die Arbeitszeit auf das ursprüngliche Niveau reduziert oder aber ein Teil der Belegschaften entlassen würde. Nichts wäre gewonnen, im Gegenteil: Ein Teil der Beschäftigten würde bei unverändertem Einkommen länger als zuvor arbeiten, hätte weniger Zeit für Familie, Hobby und soziale Kontakte. Ein anderer Teil würde dafür arbeitslos, die sozialen Sicherungssysteme damit weiter belastet.

Bereits heute liegt das zentrale Problem des schwachen Wachstums in der vor sich hin dümpelnden Binnennachfrage.

Einen Verdurstenden kann man auch nicht dadurch retten, dass man mehr Wasser in ein Glas schüttet, das für ihn unerreichbar ist.

Was steckt wirklich hinter der Forderung nach Arbeitszeitverlängerung?

Profiteure einer kollektiven Arbeitszeitverlängerung wären allein die Unternehmen. Deshalb unterstützen sie den Kurs von Stoiber, Merkel & Co. so vehement. Längere Arbeitszeiten bedeuten nämlich nicht nur geringere Lohnzuwächse. Diese Forderung hört man ständig von konservativen und liberalen Politikern. Während rundum abgesicherte und gut dotierte Professoren wie der Münchener Ökonom Hans-Werner Sinn offene sinkende Löhne für die Beschäftigten verlangt, scheuen sich Politikerinnen und Politiker offensichtlich noch, dies so direkt zu fordern. Schließlich wollen sie gewählt bzw. wieder gewählt werden.

Arbeitszeitverlängerung bei gleichen Löhnen bedeutet aber nichts anderes als direkte Lohnkürzung. Es klingt nur besser. Somit sind derartige Forderungen nichts anderes als ein Versuch, quasi durch die Hintertür sinkende Löhne durchzusetzen.

„Längere Arbeitszeiten bedeuten geringere Löhne. Stundenlöhne über Mehrarbeit zu kürzen ist ja recht geschickt. Die Monatslöhne bleiben gleich, also merken viele Leute nicht so schnell, dass es weniger um die Arbeitszeit als um ihr Geld geht.“

Professor Gerhard Bosch, Vize-Präsident des Instituts Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, in: Die Zeit, Nr. 46 vom 6.11.2003.

Insofern steckt hinter der Forderung nach Arbeitszeitverlängerung die alte Mär, dass Deutschland nicht wettbewerbsfähig sei, weil hier zu teuer produziert würde – wegen zu hoher Löhne, wegen zu geringer Arbeitszeiten.

Damit ist es die gleiche Debatte wie wir sie auch von der Diskussion über die Senkung der sogenannten „Lohnnebenkosten“ her kennen.² Auch hier wird die Forderung nach Lohnkürzungen hinter der nach Senkung der „Lohnnebenkosten“ versteckt. In Wirklichkeit geht es aber um Entlastung der Arbeitgeber, während die Beschäftigten einen höheren Teil ihrer sozialen Absicherung selber tragen müssen – was einer Lohnkürzung gleich kommt.

Von wegen Freizeitpark Deutschland!

Gebetsmühlenartig wird von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber immer wieder auf die „weltweit kürzesten Jahresarbeitszeiten“ in Deutschland hingewiesen. Zum Beweis, dass Deutschland ein „Freizeitpark“ ist, wird üblicherweise auf den internationalen Vergleich der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen verwiesen. Danach liegt Deutschland in 2002 bei 1.444 Arbeitsstunden. Dieser Wert wurde nur von Norwegen (1.342 Stunden) und den Niederlanden (1.340 Stunden) unterboten.

² Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): „Lohnnebenkosten“ senken? Schafft und sichert keine Arbeitsplätze“, Berlin April 2003; im Internet unter www.verdi.de/wirtschaftspolitik. Hier wurde bereits darauf hingewiesen, dass schon die Bezeichnung „Lohnnebenkosten“ irreführend ist. Zum Lohn oder Einkommen gehört das gesamte Einkommen – einschließlich der Arbeitgeberbeiträge. Auch in der amtlichen Statistik wird das „Arbeitnehmerentgelt“ so gefasst.

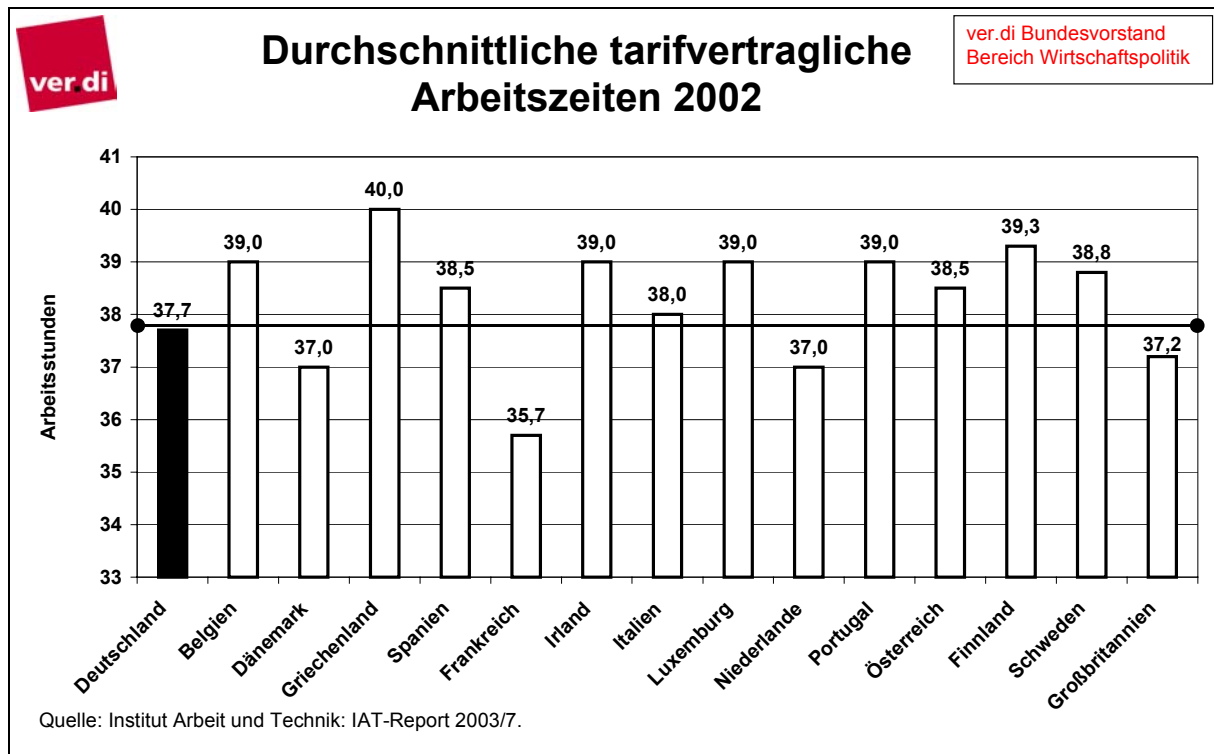
Falsch ist es jedoch, hieraus zu schließen, Deutschland sei im Vergleich zu anderen Ländern ein „Freizeitpark“. Eine Ursache für die geringen Jahresarbeitszeiten je Erwerbstätigen ist schlicht und einfach die Tatsache, dass in Deutschland – wie in den Niederlanden und in Norwegen – mehr Menschen Teilzeit arbeiten als anderswo. Das senkt natürlich den Durchschnitt. Gäbe es mehr Arbeit, würden viele Kolleginnen und Kollegen liebend gerne länger arbeiten und damit auch mehr verdienen.

Ein anderer Grund ist, dass in der Metallindustrie, in der Druckindustrie und in der Papierverarbeitung die Arbeitszeiten mit 35-Stunden pro Woche tatsächlich vergleichsweise niedrig liegen. Aber dies ist kein Nachteil, sondern ein Erfolg der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, die auf der guten Entwicklung in der Vergangenheit mit hohen Produktivitätsraten aufbauen konnte. Denn ein bloßer Vergleich der Länge der Arbeitszeit sagt nichts darüber aus, wie viel produziert wird. Wenn eine Arbeitskraft wegen ihrer guten Ausbildung, produktiven Maschinen und einer leistungsfähigen Organisation in einer Stunde mehr produziert als anderswo, braucht sie oder er auch nur entsprechend kürzer zu arbeiten und kann das Gleiche verdienen – ohne dass ein Wettbewerbsnachteil entsteht.

„Interessanterweise sind ja gerade jene Branchen beim Export ganz vorne, die in Deutschland mit die kürzesten Arbeitszeiten haben.“

Professor Gerhard Bosch, Vize-Präsident des Instituts Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, in: Die Zeit, Nr. 46 vom 6.11.2003.

Seriös ist ein Vergleich nur dann, wenn man Gleiches mit Gleichem vergleicht. Das bedeutet, dass man Vollzeitarbeitsplätze vergleichen muss. Dazu bietet sich eine Gegenüberstellung der tarifvertraglichen Arbeitszeiten an. Während es im Zeitraum Mitte der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre noch deutliche Verkürzungen des tarifvertraglich vereinbarten Niveaus von 39,6 auf 37,4 Wochenstunden in Westdeutschland gegeben hat, liegen die tariflichen Arbeitszeiten im *gesamtdeutschen* Durchschnitt heute immer noch bei 37,7 Wochenstunden. Inzwischen haben Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien sogar kürzere durchschnittliche tarifvertragliche Arbeitszeiten als Deutschland. Im EU-Vergleich liegt Deutschland damit gerade einmal eine Wochenstunde unter dem Durchschnitt.

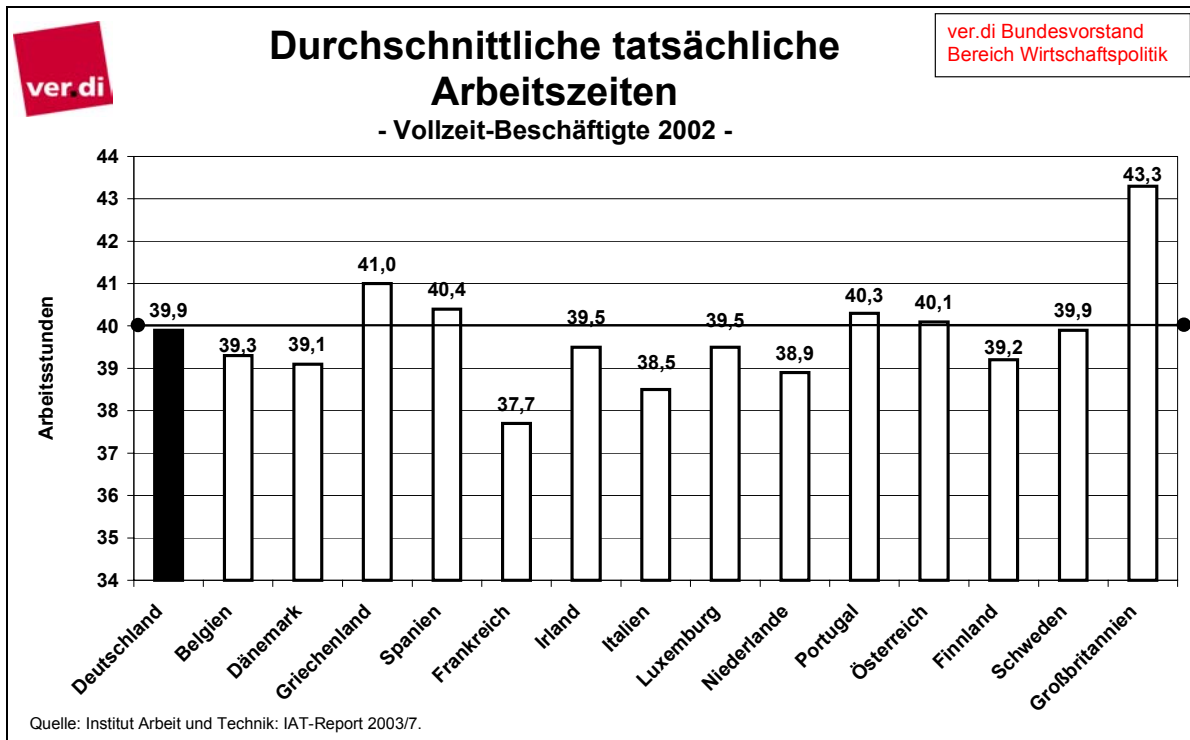


Allerdings lässt dieser Vergleich die Realität besser aussehen, als sie ist. In vielen Fällen weichen die betrieblich vereinbarten Arbeitszeiten nämlich von den Tarifverträgen ab. Nicht alle Unternehmen sind tarifgebunden. Im Jahr 2001 arbeiteten in Westdeutschland 63 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifbindung, im Osten nur 44 Prozent. Darüber hinaus wächst überall der Druck auf die Beschäftigten, „freiwillig“ länger zu arbeiten – sei es, dass fallweise „freiwillige“ Überstunden verlangt werden, sei es, dass Belegschaften unter dem Druck der Geschäftsleitung und der Drohung des Arbeitsplatzverlustes quasi stillschweigend ohne mehr Lohn dauerhaft länger arbeiten.

Genauere Auskunft geben daher Statistiken, die auf repräsentativen Haushaltsbefragungen beruhen. Diese Art von Erhebung der erwerbstätigen Haushaltsmitglieder ist in allen EU-Ländern gleich und eignet sich daher gut für internationale Vergleiche. Hier geben die Beschäftigten selbst an, wie lange sie tatsächlich pro Woche arbeiten.

Ein Vergleich der tatsächlichen Arbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten zeigt, wie unsinnig das Gerede von dem angeblichen „Freizeitpark Deutschland“ ist.

Die durchschnittlichen Arbeitszeiten der Vollzeit-Beschäftigten entsprechen mit 39,9 Wochenstunden in 2002 genau dem EU-Durchschnitt. Es zeigt sich sogar, dass von den 15 EU-Ländern die überwiegende Mehrheit im Vergleich zu Deutschland geringere oder gleiche durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeiten haben: Dies gilt für Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Finnland und Schweden.

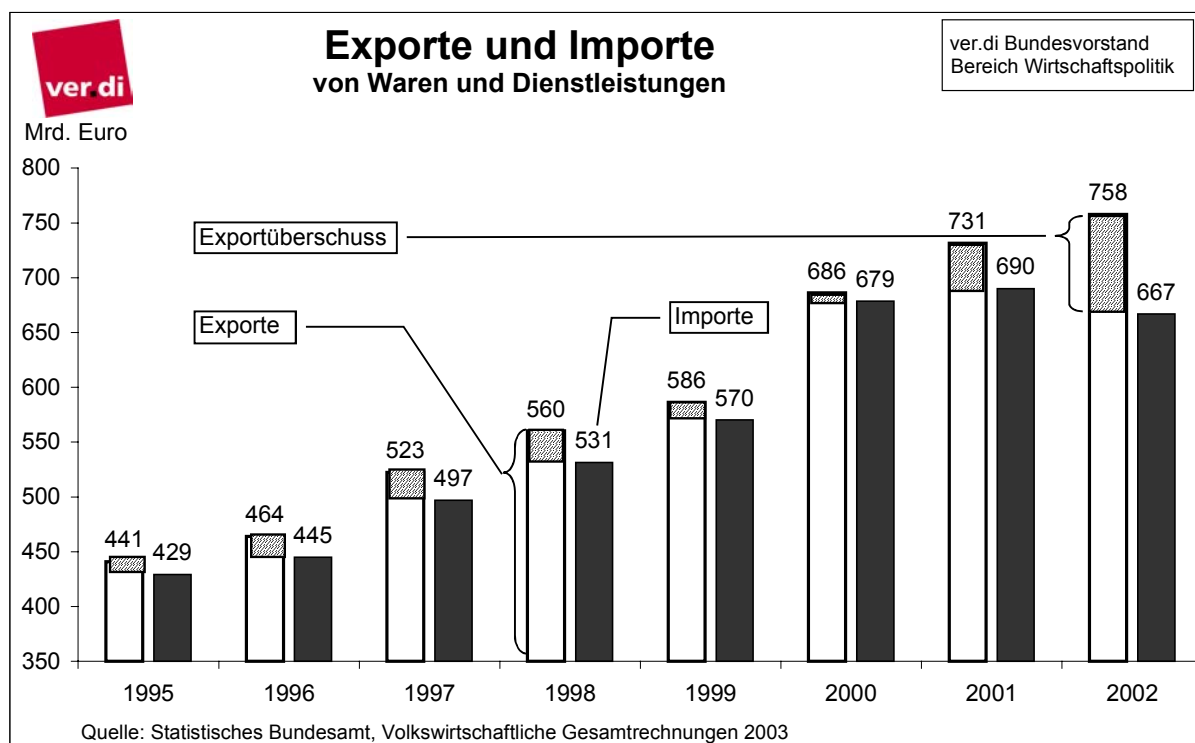


Brauchen wir längere Arbeitszeiten wegen der Wettbewerbsfähigkeit?

Auch der internationale Wettbewerb fordert keine längeren Arbeitszeiten. Dies zeigt nichts so gut wie die Exportentwicklung. Deutschland ist nicht nur seit langem Weltmeister beim Exportüberschuss (Export abzüglich Import), sondern mittlerweile auch bei der absoluten Höhe der Exporte und liegt damit sogar vor den wesentlich größeren USA.

Die Vertreter der Lohnsenkungsstrategie scheinen aber zu hoffen, dass über noch günstigerer Produktionsmöglichkeiten die Exporte weiter zu steigern sind, so dass mehr exportgetriebenes Wachstum entsteht. Hierbei wird aber zum einen vergessen, dass die Kehrseite eine weitere Schwächung der Binnennachfrage ist: Eventuell noch höheren Zuwächsen beim Export stünde eine weiter wegbrechende Binnennachfrage gegenüber.

Zum anderen ist die Vorstellung mehr als naiv, die europäischen Konkurrenten würden einer drastischen Lohnsenkung über den Weg der Arbeitszeitverlängerung in Deutschland tatenlos zusehen. Sie werden ebenfalls mit Lohnsenkungen reagieren. Ein erbarmungsloser Lohnkostenwettbewerb droht, bei dem keiner als Sieger die beschäftigungspolitische Bühne verlassen wird.



Zwei Entwicklungen zeigen zudem, dass längere Arbeitszeiten keineswegs zu mehr Wachstum führen. Zum einen verfügen Länder mit kürzeren Arbeitszeiten – u.a. Norwegen und die Niederlande – über ein höheres Wachstum als Deutschland. Zum anderen sind in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre die tatsächlichen Wochenarbeitszeiten gestiegen – Überstunden und Tarifflicht haben dies möglich gemacht. Trotzdem ist das Wachstum in Deutschland heute so schwach wie lange nicht mehr und für den Arbeitsmarkt hat dies gar nichts gebracht – im Gegenteil: Die Arbeitslosenzahlen sind weiter gestiegen.

Erfahrungen der Vergangenheit – Teil I

Aus der Vergangenheit lässt sich sogar eine ganz andere Lehre ziehen: Nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern im Gegenteil die Arbeitszeitverkürzung hat massiv zu neuen Arbeitsplätzen und damit zu Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt geführt.

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist die Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer zwischen 1960 und 1981 um rund 20 Prozent zurückgegangen, d.h. um knapp 1 Prozent pro Jahr. Allein durch die Arbeitszeitverkürzung im Jahr 1979 konnte für rund 820.000 Personen Beschäftigung erhalten oder geschaffen werden. Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für den Zeitraum von 1985 bis 1998 kommen auf 700.000 bis eine Million zusätzliche Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzungen. Der Gesamtbeschäftigungseffekt von 1960 bis Ende der 1990er Jahre beläuft sich auf insgesamt etwa 8 Millionen Arbeitsplätze. Da der Prozess der Arbeitszeitverkürzung in Westdeutschland mit minus 0,8 Prozent in 1994, minus 0,6 Prozent in 1995 und nur noch minus 0,3 Prozent in 1996 praktisch zum Stillstand gekommen ist, kann nicht verwundern, dass die Arbeitslosigkeit seitdem auf höchstem Niveau stagniert.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es geradezu grotesk, wenn Arbeitszeitverlängerung nun als Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit und als „Modell der Zukunft“ propagiert wird.

Erfahrungen der Vergangenheit – Teil II

Wer darüber hinaus glaubt, eine moderate Lohnpolitik oder gar Lohnsenkungen durch verlängerte Arbeitszeiten könnten dem Arbeitsmarkt auf die Sprünge helfen, der sollte sich einmal die letzten Jahre ansehen. Seit 1997 blieben die Löhne in Deutschland mit durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr weit hinter dem Durchschnitt des Euroraums mit 2,7 Prozent zurück. Gleiches gilt für die Entwicklung der Lohnstückkosten, die den Produktivitätsanstieg mit berücksichtigen. Hier beträgt der Anstieg in Deutschland seit 1997 durchschnittlich nur 0,5 Prozent pro Jahr, während der EU-Durchschnitt bei einem Prozent liegt.

Hierdurch wurde die internationale Wettbewerbsposition zweifellos verbessert – aber massiv auf Kosten der Binnennachfrage. Dies ist der Grund, warum trotz immer neuer Exportrekorde sowohl das Wachstum gesunken, als auch die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen ist.

Die Wachstumsschwäche in Deutschland und die weiter gestiegene Arbeitslosigkeit bestehen trotz international konkurrenzloser Wettbewerbsfähigkeit.

Dies macht deutlich, wie wichtig eine 180°-Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Stärkung der Binnennachfrage ist.

Die Alternative: Investitionen und Binnennachfrage stärken

Wer die Wettbewerbsposition Deutschlands stärken will, darf nicht die Arbeitszeiten verlängern um Einkommen zu kürzen, sondern muss die Innovationskraft verbessern, Forschung und Entwicklung fördern, die Infrastruktur modernisieren sowie das Bildungssystem zukunftsfähig gestalten.

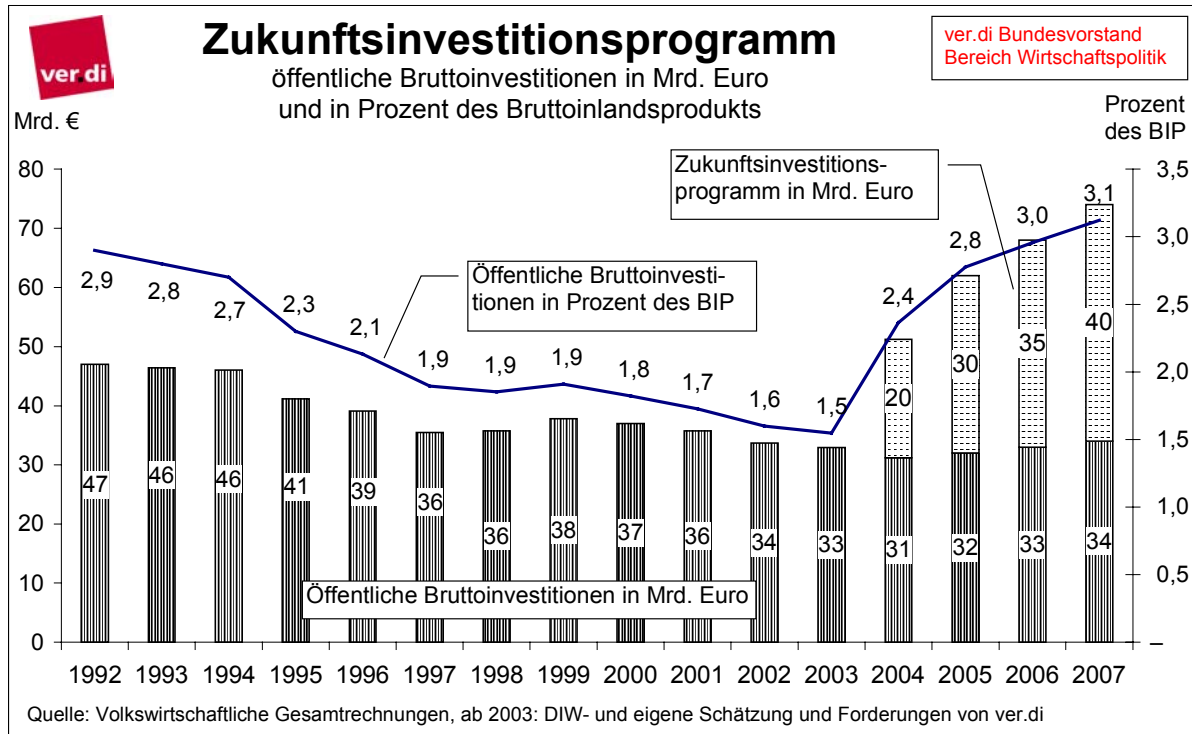
ver.di fordert einen grundsätzlichen Kurswechsel der Wirtschafts- und Finanzpolitik:

1. ein groß angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt, dessen Volumen von 20 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 40 Milliarden Euro im Jahr 2007 zu steigern ist.³ Damit würden die öffentlichen Investitionen in Deutschland auf ein in anderen europäischen Ländern und den USA übliches Niveau gehoben. So würden über 500.000 Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft käme in Schwung.
2. eine Stärkung der Staatsfinanzen und mehr Steuergerechtigkeit durch die Wiedereinführung einer reformierten Vermögensteuer und eine höhere Besteue-

³ Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): Staatsfinanzen stärken. Zukunftsaufgaben zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum, Berlin 2002; im Internet unter www.verdi.de/wirtschaftspolitik.

zung großer Erbschaften,⁴ eine stabile Besteuerung der Unternehmen und eine kontrollierte und mit wachsendem Einkommen steigende Besteuerung aller Einkommensformen.

3. die Rücknahme des geplanten massiven Sozialabbaus insbesondere zu Lasten von Arbeitslosen und Rentnern, keine einseitigen Entlastungen der Arbeitgeber. Die sozialen Sicherungssysteme müssen durch sinnvolle Reformen finanziell gestärkt und die Qualität und Effizienz ihrer Leistungen gesteigert werden.



⁴ Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): Vermögensteuer – Erbschaftsteuer. Millionen zahlen Steuern – Millionäre sollen es auch, Berlin 2003; im Internet unter www.verdi.de/wirtschaftspolitik